

Kein Krieg

Nr. 4
Mai 2003
www.keinkrieg.ch

Aus dem Inhalt

Nachkrieg im Irak

Vor welchen Herausforderungen die USA im Irak wirklich stehen • von *Arnold Hottinger*

3

Draussen in der Kälte

Neben dem Krieg gegen Irak ist die Situation in Afghanistan in Vergessenheit geraten • von *Judith Huber*

5

Keine Ausreden mehr!

Was der Krieg für die sicherheitspolitische Diskussion in der Schweiz bedeutet • von *Stefan Luzi und Nico Lutz*

4

«Es gibt noch viel zu tun»

SchülerInnen und Lehrlinge erzählen, warum sie sich gegen den Krieg im Irak eingesetzt haben

6

Wir werden weiter genau hinschauen

Der Krieg gegen Irak ist vorbei. So sehen das zumindest die USA - und die Schweizer Regierung, die den Krieg nicht schnell genug für beendet erklären konnte, um die Rüstungsgeschäfte mit den USA nicht zu gefährden (siehe nebenstehenden Artikel). Unbestritten ist, dass die USA in den letzten Monaten gezeigt haben, wie man ein diktatorisches Regime - welches man jahrelang toleriert und sogar unterstützt hat - von der Macht entfernt. Der Krieg gegen Irak war damit, nach der Bombardierung Afghanistans, die zweite Etappe im «Krieg gegen Terrorismus».

Ob diese Kriege die Welt sicherer gemacht haben, muss stark bezweifelt werden. Nicht nur die Anschläge der vergangenen Wochen in Riad und Casablanca, sondern auch die weiterhin sehr prekäre Situation in Afghanistan (siehe Seite 5) und der Nachkrieg im Irak (Seite 3) weisen darauf hin, dass die Kriege im Gegenteil die Gewaltspirale weiter ankurbeln werden. Das sind düstere Aussichten.

Umso wichtiger ist, dass unser Protest gegen eine Politik, die sich nicht um die Ursachen von Konflikten kümmert, sondern deren Auswirkungen mit «chirurgischen Schlägen» zu beheben versucht, weitergeht. Das überwältigende Engagement von vielen jungen (siehe Seite 6) wie auch älteren Menschen, die sich in den letzten Monaten in der Schweiz für ein Ende der Kriegspolitik ausgesprochen haben, macht Mut. Zusammen werden wir weiterhin genau hinschauen.

Stefan Luzi

Der Krieg ist nicht vorbei – Frieden ist schon gar nicht

Von *Luzia Jäger und Nico Lutz**

Am 2. Mai – sechs Wochen nach Beginn des Irak-Kriegs – erklärte Präsident Bush: «Die Hauptkampfhandlungen im Irak sind beendet. Der US-Präsident vermied es, vom endgültigen Kriegsende zu sprechen. Sonst hätte die Suche nach Saddam Hussein eingestellt, die Kriegsgefangenen freigelassen und die US-Truppen aus der Region abgezogen werden müssen. Etwa 6000 Gefangene wurden in den letzten Wochen freigelassen, weitere 3000 werden noch festgehalten. Zumindest haben diese das Glück, als Kriegsgefangene anerkannt zu werden – den von den USA auf Guantánamo festgehaltenen Menschen geht es über ein Jahr nach dem Krieg gegen Afghanistan viel schlechter. Sie werden als ‘ungesetzliche Kombattanten’ bezeichnet; ein Begriff, den man weder im Völkerrecht noch in den Genfer Konventionen findet, mit welchem die Regierung Bush jedoch jeden Rechtsbruch im Umgang mit den Festgehaltenen begründet.

Wenige Stunden, bevor Bush seine Rede zum Ende der Kampfhandlungen im Irak hielt, verkündete Verteidigungsminister Rumsfeld bei einem Besuch in Kabul das Ende der Hauptkampfhandlungen auch für Afghanistan. Der Krieg gegen den Terror jedoch geht weiter. Das ist viel praktischer für die US-Regierung und ihre Verbündeten. So kann sie, wann immer sie will, kurzfristig wieder zuschlagen – im Irak oder anderswo.

Geopolitische Interessen

Es gab immer viele Gründe, warum die irakische Bevölkerung eine bessere Regierung verdient hätte als Saddam Hussein. Es wäre nur zu begrüssen gewesen, wenn die USA und andere westlichen Industrienationen in den vergangenen Jahrzehnten das auch so gesehen

* Luzia Jäger und Nico Lutz arbeiten für die GSoA

hätten, anstatt den Diktator Hussein an die Macht zu bringen und im Amt zu halten. Um Menschenrechte ging es somit nicht in diesem Krieg. Es gehe darum, die Welt vor den Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins zu schützen, war schliesslich die zentrale Kriegsbegründung der USA. Seit Wochen suchen Hunderte von US-Spezialisten nach den angeblichen Massenvernichtungswaffen und finden nur, was vorher auch schon Hunderte von UN-Inspektoren gefunden haben: Nichts.

Für die USA spielt die Tatsache, ob ihre Kriegsbegründung Lug und Trug war, keine Rolle mehr. Sie schafft Fakten: Im Irak werden permanente US-Militär-Basen aus dem Boden gestampft, die USA nimmt sich das Recht hinaus, nach eigenem Belieben über die Zivilverwaltung zu verfügen und bezeichnet sich unterdessen schon offiziell als Besatzungsmacht. Die gigantischen Wiederaufbau-Aufträge werden zielstrebig an US-Konzerne vergeben, die regierungsnahen Firmen werden endlich für ihre Treue belohnt; ein riesiges Impulsprogramm für die darbenende amerikanische Wirtschaft – finanziert durch das irakische Öl – läuft an.

Schweiz schneller als USA

Die Schweiz hatte es am eiligsten, den Krieg für beendet zu erklären. Spät hatte der Bundesrat einen unpräzisen und zahnlosen Stop für die Rüstungszusammenarbeit mit kriegsführenden Ländern verordnet. Vom Exportverbot wurden jedoch nicht einmal Präzisionsteile von F/A-18-Kampflugzeugen erfasst. Die offizielle Begründung: Sie würden nicht im Irak eingesetzt, die Flugzeuge seien ja noch gar nicht zusammengebaut. Dank dieser zynischen Politik werden auch in einem – leider wahrscheinlichen – nächsten Krieg der USA Schweizer Präzisionsteile mitbomben. Am 16. April erklärte Bundespräsident Couchepin

den Irak-Krieg für beendet. Warum diese Eile, mehr als zwei Wochen, bevor die kriegsführenden Amerikaner dies taten? Die Antwort ist einfach: Die Schweiz will 32 ihrer Tiger-Jets als Schulungsflugzeuge in die USA verscherbeln. Der Deal wäre voraussichtlich geplatzt, falls die Schweiz nicht vor Ende April das erste Flugzeug geliefert hätte. Um sich weitere Diskussionen um das Rüstungsausfuhrverbot in kriegsführende Länder zu ersparen, war es für Couchepin das einfachste, den Krieg für beendet zu erklären und die Ausfuhr zu legalisieren. So einfach ist das.

Was hat der Widerstand gebracht?

Obwohl wir nicht verhindern konnten, was wir befürchtet haben: Der breite Widerstand gegen die Kriegspolitik war eminent wichtig. In den neunziger Jahren – Bosnien und Kosovo – wurden die militärischen Interventionen mit der Notwendigkeit humanitärer Interventionen begründet (nachdem die westlichen Regierungen sich während Jahren alle Mühe gaben, wegzuschauen). Kriegskritik wurde weitgehend marginalisiert, wir blieben mit unseren Aktivitäten gegen den Krieg auch innerhalb der Linken isoliert. Selbst nach dem Angriffskrieg gegen Afghanistan ebte der Widerstand nach Kriegsende rasch ab. Nach dem Krieg der USA und ihrer Verbündeter gegen Irak ist die öffentliche Wahrnehmung jedoch nach wie vor eine andere. Auch nach neusten Umfragen bezeichnen sechs von zehn SchweizerInnen den Krieg gegen Irak als einen politischen Fehler. Die Kritik ist mit dem Rückgang der offenen Kampfhandlungen im Irak nicht verstummt. In verschiedenen Städten haben in den letzten Wochen Antikriegs-Aktionen stattgefunden. In Bern wurde der bundeseigene Rüstungsbetrieb blockiert und

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

nahe der US-Botschaft fand ein Peace-Camp statt. In Genf, Basel und im Kanton Zürich fanden weitere regionale Kundgebungen statt. Es ist zentral, dass der Widerstand gegen die aggressive und kriegerische Aussenpolitik der USA und leider auch vieler europäischer Industrieländer weitergeht. Die nächste Möglichkeit ist das Treffen der mächtigsten Staatenchefs in Evian vom 1.-3. Juni. Dort wollen wir mit einer grossen, eindrücklichen und friedlichen Kundgebung unsere Kritik an der Kriegspolitik und an den dafür verantwortlichen Politikern zum Ausdruck bringen.

Pace-Fahnen hängen weiter

Auch wenn Bush das Ende der Kampfhandlungen verkündet hat und die Artikel in den Zeitungen weniger und kürzer werden, hän-

gen weiterhin Friedensfahnen in der ganzen Schweiz. Das ist auch richtig so. Der Krieg ist nicht vorbei, der Ruf nach einem gerechten Frieden und einer gerechteren Welt ist dringender denn je. Im Irak zeichnet sich eine repressive Politik der amerikanischen Besatzungsmacht ab, Palästina und Israel sind noch weit von einem gerechten Frieden entfernt, die regelmässigen Kampfhandlungen in Afghanistan sind weitgehend aus den Medien verschwunden, und ohne unseren entschiedenen Widerstand drohen schon bald nächste Kriege. Denn eines haben die Falken im Pentagon unmissverständlich klargemacht: Irak ist ihrer Meinung nach nur eine Station in permanenten Krieg gegen den Terrorismus. Es ist an uns, zu verhindern, dass die US-Regierung ihre Politik fortsetzen kann.

Inserat



Service Civil International

**Sich engagieren statt vor dem TV resignieren
Friedensarbeit konkret!**

Der SCI setzt sich für eine Welt ein, in der die Konflikte gewaltfrei und an ihren Ursachen angegangen werden.

Über das Nein gegen den Irakkrieg hinaus kannst du dich beim SCI für Toleranz, Verständnis und Solidarität engagieren.

Wir bieten diesen Sommer weltweit über 500 Einsätze mit internationalen und lokalen Freiwilligen in sozialen, ökologischen, kulturellen und friedensfördernden Projekten an.

**Infos & Bestellungen:
www.scich.org scich@access.ch
tel: 031 381 46 20**

Spendenkonto: 80-33387-4

Impressum

HerausgeberInnen

Die Zeitung «Kein Krieg», Nr. 4, Mai 2003, wird herausgegeben von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Postfach 330, 4127 Birsfelden), den Grünen Schweiz, der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, den Frauenstimmen gegen Krieg, der Wochenzeitung WoZ, der GSoA-Zitig. Die Zeitung «Kein Krieg» wird folgenden Zeitungen beigelegt: GSoA-Zitig, Wochenzeitung WoZ.

An dieser Nummer haben mitgearbeitet

Christoph Caviezel (GSoA), Balthasar Glättli (Grüne), Alexandra Heeb, Arnold Hottinger, Judith Huber (WoZ), Luzia Jäger (GSoA), Nico Lutz (GSoA), Stefan Luzi (GSoA, verantwortlich für den Inhalt), Barbara Müller (cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit), Renate Schoch.

Ziel

Die Zeitung soll Hintergrundinformationen zum «Krieg gegen Terror» liefern und Handlungsmöglichkeiten gegen den Krieg sammeln und vorstellen.

Kontakt

Zeitung «Kein Krieg», Postfach, 8031 Zürich
Tel. 01 273 01 00, Email: info@keinkrieg.ch,
Internet: www.keinkrieg.ch

PC-Konto

PC 87-595926-6 (Zeitung «Kein Krieg», 8005 Zürich). Spenden sind sehr willkommen und helfen uns, eine weitere Nummer der Zeitung zu produzieren.

Druck Repress Zürich

Auflage 50 000 Exemplare

Der Protest geht weiter!

Der Krieg gegen den Irak ist nur eine Episode im «Krieg gegen Terrorismus» der USA und ihren Alliierten. Der Widerstand gegen diese Kriegspolitik und ihre verheerenden Folgen muss weitergehen – genau auch wie der Protest gegen die Kriegspolitik von anderen Staaten. Die Redaktion der Zeitung «KeinKrieg» veröffentlicht darum hier einige Hinweise auf Aktionen und Aktivitäten gegen den permanenten Krieg. Weitere Informationen sind auf www.keinkrieg.ch zu finden.

Nein zum G8 – Nein zu Bush, Blair und Co.

Am G8-Gipfel wird, mit dem Treffen von Bush, Blair, Chirac und Co., der Krieg im Mittelpunkt der Gespräche stehen. Die während dem Krieg entstandenen Differenzen sollen geglättet werden, damit die Welt weiter aufgeteilt werden kann. Friedlicher Protest von der Strasse ist daher dringend notwendig:

- Am Sonntag, 1. Juni 2003 werden in Nähe zu Evian Grosskundgebungen stattfinden. Vorgesehener Treffpunkt ist Sonntag, 10 Uhr beim Bahnhof Genf. Weitere Informationen unter <http://www.forumsocialemanique.org/>
- Bereits im Vorfeld des Gipfels werden verschiedene Aktivitäten stattfinden. Infos unter <http://www.anti-g8.org>
- Am Freitag, 30. Mai 2003 organisiert attac in Genf eine Konferenz (u.a. mit Susan George und Jean Ziegler) zum Thema der sozialen, ökonomischen und militärischen Kriege. Infos unter <http://suisse.attac.org>
- Die GSoA und andere Organisationen fordern die Soldaten, die ihren WK in Evian leisten müssen, auf, den Dienst zu verweigern. Weitere Infos unter www.g8verweigerung.ch.vu

www.boycottbush.ch – Informationen für KonsumentInnen

Unter www.boycottbush.ch ist seit Anfang Mai eine Homepage zu finden, die aufmerksam macht auf die Verstrickungen von Schweizer Firmen (oder internationalen Firmen mit Produkten, die in der Schweiz verkauft werden) mit der Regierung Bush. Die Seite listet diejenigen Firmen auf, die die Regierung Bush mit massgeblichen Spenden an die politische Macht gebracht haben und/oder vom Krieg gegen Irak direkt profitiert haben. Die Firmen werden aufgefordert, «sich öffentlich oder direkt bei der US-amerikanischen Regierung für eine Aussenpolitik einzusetzen, in der Menschenrechte, die Souveränität von Staaten, das Völkerrecht und die physische Integrität von Zivilpersonen vor wirtschaftlichen Interessen kommen».

Internationale Präsenz in Palästina / Israel

Die Strukturen und Dynamiken im palästinensischen Konflikt bringen ein Ausmass an Gewalt und Gegengewalt mit sich, von welcher die Zivilbevölkerung immer stärker betroffen ist. Friedenskräfte auf beiden Seiten sind marginalisiert und der Gewaltfreiheit als zentrale Möglichkeit, den Konflikt zu deeskalieren, fehlt der Raum.

Das internationale Programm zur Begleitung von MitarbeiterInnen von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen wurde vom Ökumenischen Rat der Kirchen initiiert. In der Schweiz beteiligen sich verschiedene, im Konfliktgebiet engagierte Organisationen, wie mission 21, Heks, HorYzon und der cfd am Projekt. Mit der operationellen Durchführung ist Peace Watch Switserland beauftragt. Das Projekt leistet einen Beitrag zur Stärkung friedlicher, gewaltfreier Ansätze in beiden Gesellschaften, zur Stärkung von Friedenskräften und zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Das nächste Vorbereitungsseminar findet vom 20.-22. Juni und

Zu dieser Nummer der Zeitung:

Für diese Nummer der Zeitung verwenden wir Bilder, die sich gegen die Politiker richten, die in Evian am G8-Gipfel teilnehmen werden. Natürlich ist es eigentlich unangebracht, Bundesrat Pascal Couchepin in eine Reihe von Politikern wie Bush oder Blair zu stellen. Trotzdem ist Protest gegenüber der Politik von Herrn Couchepin angebracht: Seine Reaktion auf den Kriegsbeginn durch die USA, die einem Kniefall gleichkam, wie auch sein Einsatz für die Aufhebung des Waffenexportverbotes müssen sehr bedauert werden.

Dies ist bereits die vierte Nummer der Zeitung «Kein Krieg». Die Idee für eine Zeitung «Kein Krieg» ist im Herbst des letzten Jahres entstanden, mit dem Ziel, der Bewegung gegen den Krieg in der Schweiz eine inhaltliche Stimme zu geben. Am Projekt «Kein Krieg» beteiligen sich die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA, die Grünen Schweiz, die cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, die Frauenstimmen gegen Krieg und die Wochenzeitung WoZ.

Diese Nummer wäre nicht möglich gewesen ohne die Spenden, die wir für die letzte Nummer erhalten haben. Wir möchten uns daher bei den SpenderInnen ganz herzlich bedanken. Wir sind aber weiterhin auf Spenden angewiesen und möchten Sie bitten, unsere Arbeit auch weiterhin mit einer Spende zu unterstützen (PC 87-595926-6; Zeitung «Kein Krieg», Zürich. Ein Einzahlungsschein liegt einem Teil der Auflage bei.)

Herzlichen Dank.

4./5. Juli in Solothurn statt. Informationen zum Projekt: HorYzon, Tel. 062 296 62 68, palestine@peacewatch.ch, www.peacewatch.ch

Studiencamp gegen Krieg

Der Service Civil International (SCI Schweiz) führt vom 27. August bis 10. September ein Studiencamp in der Gibsgrueb in Oberehrendingen durch. Das Camp richtet sich an Frauen und Männer zwischen 18 und 25 Jahren, die sich gegen den Irakkrieg engagiert haben. Der SCI möchte damit ein Forum anbieten, um friedenspolitisches Wissen zu vertiefen, sich mit AntikriegsaktivistInnen aus dem In- und Ausland auszutauschen und Perspektiven für ein weiteres politisches Engagement zu entwickeln. Das Camp bietet Platz für sieben AktivistInnen aus der Schweiz und sieben aus dem Ausland. Während des Camps unterstützen die TeilnehmerInnen die Genossenschaft in der Umsetzung zweier Projekte: Die Wasserleitung einer Solaranlage soll verlegt und ein Werkstattraum ausgebaut werden. Der Studienteil und die handwerkliche Arbeit sollen in einem Gleichgewicht zu einander stehen.

Informationen zum no-more-war-camp gibt es beim SCI, Postfach 7855, 3001 Bern, 031 381 46 20.

Teilnahmebedingungen sind: Mindestalter 18, Engagement gegen den Irakkrieg und Englischkenntnisse. Teilnahmegebühren: Einschreibgebühr: Fr. 80.-, Mitgliederbeitrag SCI: SFr. 50.- / 80.-. Inbegriffen sind Kost und Logis. Infos zum SCI: www.scich.org

Fahnen gegen den Krieg – www.friedensfahnen.ch

Im Vorfeld und während des Krieges gegen Irak wurden in der Schweiz über 50 000 Fahnen aus den Fenstern gehängt. Viele von ihnen hängen noch immer. Jetzt können die Fahnen auch im Internet betrachtet werden. Seit Ende April ist ein Fotoalbum für entsprechende Bilder aus der ganzen Welt online. Die mehrsprachige Website zeigt Bilder von Friedensfahnen und verwandten Transparenten an Häusern, in der Landschaft oder an Kundgebungen. Zur Zeit sind rund 1100 Bilder online. Die meisten stammen aus der Schweiz, es sind jedoch bereits einige Bilder aus anderen Ländern vorhanden. Die Bilder werden von den Besuchern der Website selber hochgeladen und mit Angaben zu Land, Kanton, Ort und Strasse ergänzt. Mit einem einfachen Suchfeld können die Bilder nach diesen Kriterien angezeigt werden. Jedes Bild kann zudem bewertet und kommentiert werden. Die Website wurde von Olivier Oswald (31) aus Bern in Eigeninitiative ins Netz gestellt. Die Website hat keinen kommerziellen Hintergrund und wird durch den Autor in der Freizeit gepflegt.

Peace-Please: Friedensfestival in Winterthur

Am 14./15. Juni 2003 findet in Winterthur das zweite «Peace-Please»-Festival statt, das von der Gruppe «Globale Initiative» organisiert wird. Es werden Workshops, Musik, Theater, Filme, etc. zum Thema Krieg organisiert. Weitere Informationen gibts über Globale Initiative, Postfach 1837, 8401 Winterthur, Tel. 052 226 03 26. gi@globalinitiative.org, www.globalinitiative.org

Appell: Kein Schweigen gegenüber inakzeptablen Völkerrechtsverbrechen!

Der Appell des Centre Europe-Tiers Monde verlangt, dass die Schweiz formell erklärt, dass der Angriff auf Irak ein völkerrechtswidriges Verbrechen darstellt und die internationale Gemeinschaft zum Handeln auffordert. Weiter fordert er, Waffenverkäufe und militärische Kooperation mit den Besatzerstaaten einzustellen. Sie können den Aufruf mit einem Mail an cetim@bluewin.ch unterstützen. Bitte zumindest Vor- und Nachname angeben. Ein Formular kann auch auf www.cetim.ch ausgefüllt werden.

Nachkrieg im Nahen Osten

Die USA haben den Krieg gegen Saddam Hussein gewonnen, die Uno und das Völkerrecht vor den Kopf gestossen und den Irak besetzt. Doch die wirklichen Herausforderungen stehen erst an.

Von Arnold Hottinger*

Jeder Kenner der Region wusste: Der Nachkrieg im Irak würde schwieriger werden als der Krieg selbst. Nur die neokonservativen Ideologen Amerikas, Leute wie Rumsfeld, Wolfowitz, Cheney und zahlreiche andere, die Präsident Bush im Schlepptau führen, glaubten oder gaben vor zu glauben, dass nach dem zu erwartenden militärischen Sieg im Irak von heute auf morgen eine «Demokratie amerikanischen Stils» organisiert werden könne, von der sie auch noch behaupteten, sie werde dann ihrerseits «ausstrahlen» auf den Rest der nahöstlichen arabischen Staaten (Israel ist ihrer Ansicht nach bereits eine vorbildliche Demokratie) und die ganze Nahostregion umformen. Diese öffentlich vorgetragenen Erwartungen lassen sich aus zahllosen Reden und Schriften belegen, nicht zuletzt solchen, die Bush selbst von seinen Redeschreibern auf die Zunge gelegt wurden.

Im Falle der naiveren Neokonservativen, vielleicht auch des Präsidenten selbst, kann man vermuten, dass diese mehr oder weniger weitgehend an ihre eigene Propaganda glauben. Im Falle von anderen, zynischeren Manipulatoren, die ebenfalls zur Denkschule der Neokonservativen gezählt werden, Vizepräsident Cheney zum Beispiel, Richard Perle und anderen «Falken», kann man annehmen, dass die vorgeschobenen Erwartungen und Hoffnungen eher der Manipulation der amerikanischen Bevölkerung dienten mit dem Zweck, deren Bedenken gegen den Krieg und das ihm folgende unvermeidliche Besatzungsregime mehr oder weniger kolonialer Natur durch schöne Pläne und wohlklingende Worte zu überwinden. Die amerikanischen Neokonservativen streben zwar offensichtlich (wie ihre Schriften belegen) ein Imperium Americanum «neuer Art» an, doch es gehört zu seiner Dekoration und Apologie, dass es ein Imperium «amerikanischer Demokratie» werden soll.

Die Plünderungen waren vorhersehbar

Die Arbeit an dieser Musterdemokratie hätte eigentlich gleich nach dem «Sieg» anfangen sollen. Es stellte sich jedoch heraus, dass Washington nicht über den Sieg hinaus gedacht hatte. Es gab keinerlei Vorbereitungen darauf, wie das nach dem Sturz des Diktators zu erwartende Machtvakuum wirksam gefüllt werden könne. Niemand dachte daran, dass der Irak, nachdem seine Regierungsstrukturen (Ministerien, Banken und Finanzsystem, Staatspartei, Armee, Polizei, Schulen, Erdölanlagen, Transport- und Wassersysteme, Fabriken, Strassen usw.) weitgehend zerstört worden waren, neuer, mindestens provisorischer Strukturen bedürfe, um weiter zu existieren. Dass es zu Plünderungen kommen werde, hatte Washington offenbar auch nicht erwartet, obwohl Kenner des Landes und seiner inneren Lage dies vorausgesagt hatten.

Für die fehlende Vorbereitung auf die nach Völkerrecht feststehende Verpflichtung der Besatzungsmacht, für ein Minimum an Wohlergehen der besetzten Bevölkerung zu sorgen, kann man zweierlei Gründe verantwortlich machen, die einander nicht ausschliessen. Einerseits «le non pensé» der amerikanischen Verantwortlichen, die sich hatten einreden wollen, nach dem Sieg komme «die Demokratie» gewissermassen von selbst, als Folge der «Befreiung» der Iraker. Andererseits bestand wohl auch die etwas zynischere Annahme, dass durch ein paar Tage oder Wochen der Anarchie die (nachher überlebende) irakische Bevölkerung um so dankbarer und gefügiger gegenüber der Besatzungsmacht werde, welche es dann schrittweise auf sich nähme, den Irakern bei der Einrichtung der geplanten Amerikanischen Demokratie zu helfen.

Das Öl kommt vor den Menschen

Die Iraker (und die übrige arabische Welt) stellen sofort fest, dass den Amerikanern offen-

sichtlich mehr an der Sicherstellung der Erdölquellen lag als an der Sicherheit der irakischen Bevölkerung. Für die Absicherung der Ölfelder bestanden Pläne, die im grossen und ganzen erfolgreich durchgeführt wurden. Für die Sicherheit der Bevölkerung nach der «Befreiung» gab es sie offenbar nicht.

Der von den Neokonservativen oft angeführte Vergleich mit der amerikanischen Besetzung von Japan und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg war irreführend. Unter anderem weil der Irak ein Vielvölkerstaat aus Gruppen ist, die gegeneinander rivalisieren und durch ethnische, religiöse, Stammes-, Sippen- und Familienbande enger zusammengehalten werden als durch ihren Staat. Demgegenüber können Deutschland und Japan als stark disziplinierte Einheitsstaaten gelten. In ihnen kann man das Oberhaupt amputieren und es durch ein neues ersetzen, der Staat funktioniert unter dem neuen weiter. Wenn im Irak das Oberhaupt entfernt wird, explodiert das Land in die zahllosen verschiedenen und oft untereinander verfeindeten Kleingruppen, aus denen es sich zusammensetzt. Eine jede handelt dann nach ihren (vermeintlichen) eigenen Interessen. Die Politik Saddams, die alle Gruppen gegen alle anderen ausspielte, förderte diese Tendenz. Er hinterlässt eine Gesellschaft, in der tiefe Ressentiments der verschiedenen Gruppen gegen ihre Rivalen und Konkurrenten bestehen, mehr noch: gegenseitige Angst vor der Macht der Anderen.

Die Anarchie und ihre Folgen

Es gab auch mehr technische Gründe für das unerwartete Ausmass der Anarchie, die nach dem amerikanischen Sieg ausbrach und immer noch nicht überwunden ist: Der Krieg durch Bombenmacht und schnell vordringende, relativ leichte Truppenverbände, der auf die Hauptstadt abzielte, ohne das ganze Land militärisch zu besetzen, war ein Krieg «neuer Art». Militärisch erfolgreich, weil das Regime offenbar sofort nach dem Vorstoss und Einfall der amerikanischen Tanks nach Bagdad zusammenbrach. Jedoch politisch viel fragwürdiger, weil er weite Zonen des Landes im Rücken der vordringenden Streitkräfte unbesetzt sich selbst überliess und dadurch ein Machtvakuum schaffte, das die Amerikaner bisher nicht zu füllen vermochten. Das Land wurde nicht besetzt, nur seine politischen und wirtschaftlichen Zentralen, gewissermassen sein Nervensystem, wurde zerschlagen und lahm gelegt. Es war logisch (aber offenbar von den Amerikanern nicht vorausgesehen), dass sich darauf die zersprengten Glieder auf eigenen Antrieb bewegten.

Die «Anarchie», die zunächst nach der «Befreiung» entstand, hatte ihrerseits politische Folgen. Den Irakern war schon von der Propaganda des Saddam Regimes vorausgesagt worden, unter den Amerikanern würden sie noch viel mehr zu leiden haben als bisher. Denn, so lautete die im ganzen arabischen Raum weit über den Irak hinaus vorherrschende Propaganda (die beste Propaganda ist immer die, welche einen starken Wahrheitsanteil besitzt), die Amerikaner seien «nur» darauf aus, ihre eigenen (besonders Erdöl-) Interessen sicher zu stellen und die Iraker mitsamt ihrem potentiellen Reichtum «auszubeuten». Die Anarchie mit ihren Härten und Unsicherheiten für praktisch alle Iraker, besonders natürlich die Überreste des noch vorhandenen Mittelstandes, wurde als «Beweis» für die Wahrheit des vorhergesagten kolonialen Ausbeutungsdrucks durch die Amerikaner genommen. Sie diente deshalb dazu, die anfänglich vorhandene Dankbarkeit für die «Befreiung» etwa der Schiiten, die besonders schwer unter dem brutalen Druck des Saddam Regimes gelitten hatten, rasch in Bitterkeit über das beginnende Besatzungsregime zu verwandeln und in die Neigung, nun alle Missstände, gegenwärtige und zukünftige, ihm anzulasten.

Das «Nation-Building» wird Milliarden kosten

Die Besatzungsmacht ist auf diese Weise mit dem linken Stiefel in das besetzte Land getreten. Sie muss nun mit einem zähen negativen Vorurteil der Iraker rechnen, das sich natürlich mit jedem echten oder vermeintlichen Misserfolg des geplanten «Nation-Building» und mit jedem Akt echter oder vermeintlicher Ausbeutung weiter verdichten wird. Natürlich fehlt es nicht an irakischen Politikern und Wortführern, die versuchen werden, auf

* Arnold Hottinger gilt als grosser Kenner der arabischen Welt. Er hat für die NZZ und Radio DRS jahrelang über die Konflikte im Nahen Osten berichtet.

COUCHEPIN STOP



BIG NOISE IN GENEVA
1. Juni 2003
Genf, Annemasse

Grund dieses bereits bestehenden Gefälles negativer Vorurteile gegen die Amerikaner Karriere zu machen. Sie werden in allen Gemeinschaften aufstehen und überall versuchen, jene Iraker, die sich dem «Nationbuilding» der Amerikaner zur Verfügung stellen, auszustechen. Die Islamisten haben dabei die besten Chancen, weil ihr irrationales Heilsversprechen dann am besten wirkt, wenn keine rationalen Zukunftshoffnungen am Horizont sichtbar sind. Der Prozess des «Nationbuilding» wird ohnehin ausserordentlich schwierig werden. Die Schwierigkeiten bloss aufzuzählen, braucht viel Raum, wie ein ausgezeichnete Aufsatz über den Wiederaufbau im Irak im «Economist» (19. April 2003, Seite 17-19) belegt. Dort werden auch erstmals die benötigten Geldsummen, Dutzende und Hunderte von Milliarden, beziffert.

Schlechte Zeiten für den Irak

Die Amerikaner können den Irak nicht wie Afghanistan behandeln. Dort haben sie nur die Hauptstadt abgesichert und lassen den Rest des Landes in seinem eigenen Saft schmoren. Dies geht nicht im Irak, wegen des Erdöls, je-

nem des Iraks und dem aller benachbarten Erdölstaaten am Golf. Das Öl ist strategisch so wertvoll, vor allem für die Amerikaner, dass sie keinen permanenten Unruheherd in seiner unmittelbaren Nähe zulassen können. Die Amerikaner werden deshalb mit dem angekündigten Prozess der Besetzung und des «Nationbuilding» fortfahren müssen, gleich ob er erfolgreich oder wenig erfolgreich verläuft. Wenn und solange die «amerikanische Demokratie» nicht zustande kommt, müssen sie die «amerikanische Herrschaft» fortführen, trotz dem zu erwartenden wachsenden Widerstand der Iraker.

Für den Irak bedeutet dies schlechte Zeiten. Für den Rest der arabischen Welt, namentlich für Syrien, das verbal bereits auf die Abschlusliste der Amerikaner kam, sowie auch für Iran, dürften jedoch die bevorstehenden Schwierigkeiten und Kosten Washingtons im Irak insofern vorteilhaft werden, als sie weitere militärische Expansionsversuche des «Neuen Amerikanischen Jahrhunderts» in den nahöstlichen Raum unwahrscheinlicher machen. Washington wird im Irak für die kommenden Jahre vollauf beschäftigt sein.

Die «Road Map»

Die neue Initiative der Amerikaner, mit Hilfe der «Road Map» im Palästina-Konflikt Frieden zu schaffen, sollte keine übertriebenen Hoffnungen wecken. Sie bleibt solange unglaubwürdig als Sharon ihr nur in Worten aber nicht in Taten Unterstützung gewährt. Er ist jederzeit in der Lage, wie es nun schon seit dem 18. September 2000 beständig geschieht (dem Tag des provokativen «Spaziergangs» Shalons auf dem al-Aqsa Areal), durch Provokationsschritte die radikalen Palästinensergruppen zur Gewaltanwendung gegenüber den Israeli zu verleiten und dann übermächtig auf die Palästinenser zurückzuschlagen mit dem Ziel, sie und ihre Institutionen möglichst weitgehend zu vernichten. Bisher ist nicht evident, dass

die Amerikaner Sharon an dieser Politik zu hindern gedenken. Dass sie sich dazu noch vor den Präsidentenwahlen von 2004 entschliessen könnten, ist schon aus innenpolitischen Gründen unwahrscheinlich.

Sogar wenn sie es täten und eine friedliche Koexistenz der Palästinenser und Israeli erreichten, würde eine Befriedung der Lage in Palästina den Amerikanern im Irak nicht mehr viel nützen. Die irakischen Probleme und Unstimmigkeiten, mit denen sie dort konfrontiert sein werden, werden hausgemacht sein und so schwer wiegen, dass sogar eine Aufhellung der politischen Atmosphäre in Palästina sie nicht entscheidend verändern kann.

Arnold Hottinger

Keine Ausreden mehr – sondern zivile Lösungen!

Die GSoA hat bewegte Monate hinter sich. Die Auseinandersetzung um die militärische Neuordnung der Welt, wie sie von den USA und ihren Alliierten im Irak vorexerziert worden ist, hat auch ein anderes Licht auf die sicherheitspolitische Diskussion in der Schweiz geworfen.

Von Stefan Luzi und Nico Lutz

«Richtige Frage, schwieriges Umfeld». Mit diesen Worten betitelten wir in der GSoA-Zeitung vom Juni 2002 eine Analyse der Abstimmungen über die bewaffneten Einsätze von Schweizer Soldaten im Ausland und über die beiden GSoA-Initiativen «Für eine Schweiz ohne Armee» bzw. «Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst ZFD». Die Analyse kam zum Schluss, dass die GSoA in den Auseinandersetzungen um diese Abstimmungsvorlagen die richtigen Fragen gestellt hatte («Soll die Schweiz ihren neuen Platz nach dem Ende des Kalten Krieges wirklich in einer Allianz reicher, mächtiger und hochgerüsteter Länder suchen, die eine neokoloniale Globalisierungspolitik von Fall zu Fall auch mit militärischen Mitteln absichert?»), die Öffentlichkeit und die Medien – bedingt auch durch ein gestiegenes «Sicherheitsbedürfnis» nach den Anschlägen vom 11. September in den USA – aber nicht bereit waren, sich diese Fragen stellen zu lassen. Daran hat sich, nachdem die Welt in Afghanistan und im Irak zwei Mal Zeuge geworden ist, wie westliche Länder ihre Globalisierungspolitik «von Fall zu Fall auch mit militärischen Mitteln absichern», nicht alles geändert. Aber einig.

Krieg ist kein Märchen

Wenn die Zeitung «Blick» – mit einem (opportunistischen) Gespür für die Mehrheitsverhältnisse in der Schweizer Bevölkerung ausgestattet – einen Antikriegs-Kurs schreibt und sich mit der Redaktion in Regenbogenfahnen verhüllt auf der Titelseite des Blattes zeigt, dann ist einiges passiert in diesem Land. Und wenn in der Schweiz, in der normalerweise nur rotweisse Fahnen aus den Fenstern gehängt werden, über 50 000 regenbogenfarbene Fahnen «Frieden», «Peace», «Pace» und «Paix» verlangen, dann zeigt dies, dass sich unzählige SchweizerInnen in den letzten Monaten mit Fragen über Krieg und Frieden auseinandergesetzt haben. Man mag dies auf einen regelrechten «Countdown» einiger Medien zurückführen, die den Krieg bereits ein halbes Jahr lang als ein unabwendbares Ereignis angekündigt haben. Diese Erklärung greift aber zu kurz. Wahrscheinlicher ist, dass in der Schweiz in den letzten Monaten ein Bewusstsein um die Notwendigkeit nichtmilitärischer Lösung von Konflikten gewachsen ist. Dieses Bewusstsein hat sich an den Grosskundgebungen und Aktivitäten gegen den Krieg im Irak deutlich manifestiert. Die zahlreichen Aktivitäten und das breit abgestützte Bündnis gegen Krieg wären kaum denkbar gewesen, ohne die beharrliche und kontinuierliche Kritik an der Sicherheits- und Militärpolitik, wie sie die GSoA gemeinsam mit anderen Organisationen im Rahmen des Referendums gegen militärische Auslandsätze oder auch mit den Initiativen für eine Schweiz ohne Armee sowie für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst in den letzten Jahren entwickelt hat. Heute stellen wir fest, dass unsere Kritik an der militärischen Interventionspolitik im Kern noch immer dieselbe ist, wie wir sie gegen die Bombardierungen in Kosovo geübt haben. Der Unterschied ist aber, dass eine Mehrheit der BürgerInnen nicht mehr an das Märchen vom humanitären Krieg glaubt, sondern diese Kriege als das wahrnehmen, was sie sind: die militärische Absicherung von Interessen und Ressourcen durch die westlichen Staaten. Vor diesem Hintergrund ist auch Misstrauen gegenüber denjenigen westlichen Staaten geboten, die sich in den letzten Monaten als Friedensmächte zu positionieren versuchten. Wenn beispielsweise die deutsche Regierung während dem Irak-Krieg mit harschen Worten

für die Einhaltung völkerrechtlicher Grundlagen eintritt, während ihre Truppen ohne Autorisierung durch die Uno in Mazedonien rummarschieren, so ist das nicht sehr glaubwürdig.

Zivile Lösungen sind dringender denn je

Wenn sich die GSoA auch zu Gute halten kann, seit Jahren diejenigen Fragen gestellt zu haben, die vor der neuen Weltordnung und dem Bedeutungsverlust völkerrechtlicher Grundlagen heute brennender denn je erscheinen, so müssen wir auch bedauern, dass in der heutigen sicherheitspolitischen Debatte in der Schweiz die falschen Antworten diskutiert werden. Dies hat die Abstimmung über die Armee XXI gezeigt, als sich die notorischen Angstmacher im VPM- und AUNS-Umfeld und die Armeereformer gegenüber standen. Während die ersteren für einen bewaffneten Rückzug zur Igelmentalität plädierten, versuchten die letzteren, die internationale militärische Kooperation im Rahmen der westlichen Länder weiterhin als Antwort auf die Herausforderungen dieser Zeit zu präsentieren. Zwei Handlungsmöglichkeiten, die aus friedenspolitischer Sicht gleichermaßen absurd erscheinen und die GSoA zur logischen Parole, einem «leer einlegen», führten. Die wirklich wichtige Debatte über die Reform der schweizerischen Sicherheitspolitik hin zu einer solidarischen Friedenspolitik und die damit verbundene Gewichtsverlagerung von militärischen hin zu zivilen Mitteln wurde nicht geführt. Darum konnte es auch nicht erstaunen, dass die Schweizer Regierung während des Irak-Krieges weiterhin munter Waffen an die kriegsführenden Länder exportieren wollte. Erst die Reaktionen von der Strasse haben den Politikern der Schweiz klar gemacht, wie entfernt ihre momentan geführte sicherheitspolitische Debatte von den Anliegen und Forderungen steht, die heute viele Menschen in der Schweiz beschäftigen.

Weitere Projekte der GSoA

Das Problem ist: Es hilft uns recht herzlich wenig, uns an falschen Diskussionen nicht zu beteiligen, wenn wir nicht gleichzeitig in der Lage sind, die richtigen Diskussionen breit zu führen. Es muss uns darum gehen, die Kritik an der rücksichtslosen Durchsetzung der westlichen Interessen in konkrete Kampagnen zu fassen, um die Sicherheits- und Aussenpolitik der Schweiz zu verändern. Doch der Widerstand gegen eine imperiale Politik alleine reicht nicht. Es muss auch darum gehen, weiterhin konkrete Anstrengungen für den Aufbau von Kapazitäten ziviler Konfliktbearbeitung zu unternehmen. Wir haben in den letzten Jahren, etwa mit der Initiative für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst ZFD, konkrete Diskussionsvorschläge gemacht, die auch dazu geführt haben, dass die Schweiz mittlerweile einen Expertenpool für zivile Friedensförderung geschaffen hat.

Wir werden weiterhin genau hinschauen. Mit dem Projekt «KeinKrieg» (ein von mehreren Organisationen getragenes Zeitungsprojekt) haben wir den Blick auch auf Konflikte gelenkt, die in Vergessenheit zu geraten drohen. Die Schweiz ist an vielen dieser Konflikte auch beteiligt – leider nicht immer in der Rolle einer konfliktentschärfenden Partei. Wir müssen unsere Regierung, die gerade wieder die Mittel für friedensfördernde Aufgaben gekürzt hat, unter Druck setzen, um von der egoistischen Wahrung nationaler Interessen zu einer solidarischen Aussenpolitik zu gelangen. Ausreden – dies haben die vielfältigen Aktionen in der Schweiz in den letzten Monaten gezeigt – wollen sich die Menschen in der Schweiz nicht mehr bieten lassen.

Ihre Unterstützung

Mit einer Spende können Sie die GSoA unterstützen. Sie ermöglichen uns damit, unsere Arbeit für eine zivile Friedenspolitik statt einer militärischen Sicherheitspolitik fortzusetzen. Spenden sind mit dem beiliegenden Einzahlungsschein oder auf das Konto der GSoA Schweiz, Postfach 330, 4127 Birsfelden, PC 40-37315-5, möglich. Herzlichen Dank.

CHIRAC STOP 

Chirac: Kriegsnobelpreis für langjähriges Engagement in Afrika

**UND TOTALFINAELF...?
1. Juni 2003
Genf, Annemasse**

GSoA - SommerFITamin

Bereits zum zweiten Mal findet dieses Jahr ein GSoA-Fitamintreffen statt. Die GSoA-Fitamintreffen sind zweitägige Treffen an denen wir uns bewusst Zeit nehmen, einzelne Themen zur Arbeit der GSoA auch mal ausführlicher zu diskutieren. Dazu soll immer auch Zeit bleiben, um sich gemütlich über was anderes als Politik zu unterhalten, zu schwimmen, zu töggelen... Das Fitamin ist auch eine gute Gelegenheit, die GSoA «live» kennenzulernen. Alle Interessierten sind daher herzlich willkommen.

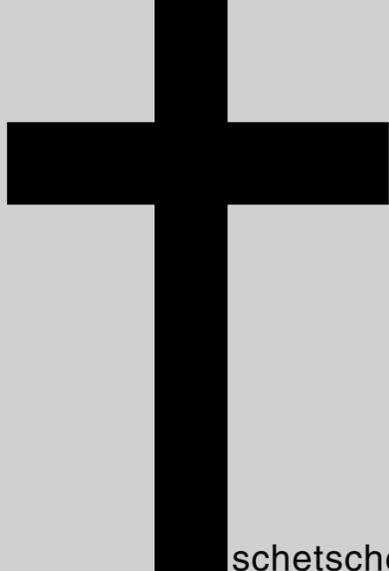
Das Sommerfitamin wird diesen Juni ganz im Zeichen der internationalen Entwicklungen stehen. Wir wollen der Frage nachgehen, welche Chancen und/oder Hindernisse sich aus den kriegerischen Ereignissen auf internationaler Ebene für die sicherheits- und friedenspolitische Diskussion in der Schweiz ergeben.

Das Treffen findet statt am:

21./22. Juni 2003 in der Lagolodge in Nidau bei Biel (direkt am Bielersee)

Die Übernachtung kostet 25 SFr. Natürlich ist es möglich, auch nur einen Tag vorbeizuschauen. Anmeldung und weitere Informationen über das Treffen gibt es bei Stefan Luzi auf dem nationalen Sekretariat der GSoA (Tel. 01 273 01 00, Email: gsoa@gsoa.ch).

28 andere Kriege – 18 weitere bewaffnete Konflikte

PUTIN STOP 

schetschenien

STOP WAR IN CHECHNYA
1. Juni 2003
Genf, Annemasse

Das Völkerrecht nach dem Irak-Krieg: Fragen an Edith Ballantyne*

Sie haben vor einem Jahr gesagt, es brauche eine Friedensbewegung mit weltweitem Umfang, um weitere Kriege zu verhindern. Diese Bewegung ist entstanden – dennoch fand der Irak-Krieg statt...

Weder die UNO, noch die Friedensbewegung vermochten den Krieg zu verhindern. Auf Druck von der Strasse haben sich aber um ersten Mal Vertreter von westlichen Regierungen und aus Entwicklungsländern für eine friedliche Lösung eingesetzt und offiziell Stellung gegen die USA genommen. Die Friedensbewegung muss weiter aufzeigen, dass wir in einer äusserst ungerechten Gesellschaftsordnung leben, in der zu viel Geld für Waffen und Militär ausgegeben wird, während Millionen von Menschen an Hunger und Krankheiten sterben.

Im Krieg gegen den Irak wurde das Völkerrecht komplett übergangen. Welche Massnahmen sind notwendig, um das Völkerrecht und die Einhaltung der Uno-Charta in Zukunft zu garantieren?

Die UNO ist die einzige Institution, die das Völkerrecht stärken kann. Aber wer ist die UNO? Sie besteht aus unseren Regierungen. Wir haben die Verantwortung, zu schauen, dass unsere Regierungen das Völkerrecht, alle internationalen Konventionen und Verträge verteidigen. Viele Regierungen haben sich den USA angeschlossen im Glauben, dass sie dadurch ökonomische Vorteile erhalten. Man muss hoffen, dass in diesen Ländern bessere VertreterInnen in die Regierung gewählt werden, welche das Volk und nicht nur die Grossindustrien vertreten.

Was kann ein Beitrag der Schweizer Regierung sein, um eine Stärkung der UNO/des Völkerrechts herbeizuführen?

Die Charta der UNO, die internationalen Verträge und Konventionen sind die einzigen internationalen Rechte, welche die Verhältnisse zwischen den Staaten regulieren können. Es gibt daran viel zu verbessern, aber nur sie sind die legitimen Grundlagen. Es ist gefährlich, wenn ein Staat sich erlaubt, gegen grundlegende internationale Rechte zu handeln. Die Staaten, die sich gegen den Irakkrieg eingesetzt haben, auch die Schweiz, müssen deshalb nun dringend insistieren, dass die USA und ihre Verbündeten für ihre Taten verurteilt werden. Die Alliierten müssen den Aufbau Iraks aus eigener Tasche bezahlen, die Kriegsverbrechen entschädigen und als Kriegsverbrecher eingestuft werden. Die militärische Zusammenarbeit mit und die Waffenexporte in die kriegsbeteiligten Staaten muss von der Schweiz sofort abgebrochen werden. Als Depositär-Staat der Genfer Konventionen sollte die Schweiz eine unabhängige Studie über Kriegsverbrechen und Kriegsverbrecher unter den Gesichtspunkten der Genfer Konventionen fordern. Um das zu erreichen, müssen Schweizerinnen und Schweizer weiterhin Druck auf die Regierung ausüben.

*Edith Ballantyne war 1969–1992 Generalsekretärin im Hauptbüro der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Genf und bis 1998 deren internationale Präsidentin. Seit 1989 ist sie «Special Adviser on UN Matters» der Liga. Die Fragen stellte Luzia Jäger, Sekretärin bei der GSoA.

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 beherrscht der «Krieg gegen Terror» die Schlagzeilen. Keine Schlagzeilen und wenige Hintergrundberichte waren dagegen andere Konfliktherde wert. Dabei wurden im Jahr 2002 weltweit 29 Kriege geführt. Zudem registrierte die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Uni Hamburg (AKUF) noch 18 bewaffnete Konflikte.

Zusammengestellt von Alexandra Heeb und Balthasar Glättli

Die Kriege und bewaffneten Konflikte im Jahr 2002
(Quelle: www.akuf.de)

Afrika

Angola (UNITA), seit 1975
Angola (Cabinda), seit 2002*
Burundi, seit 1993
Elfenbeinküste, seit 2002
Kongo-Brazzaville, seit 2002*
Kongo-Kinshasa (Kivu), seit 1997*
Kongo-Kinshasa (Ituri), seit 2002*
Madagaskar, seit 2002*
Liberia, seit 2000
Nigeria (Scharia-Unruhen), seit 2001*
Nigeria (Tiv/Jukun), seit 2001*
Ruanda, seit 1990
Senegal (Casamance), seit 1990
Sierra Leone, seit 1993
Somalia, seit 1988
Sudan, seit 1983
Tschad, seit 1966*
Uganda, seit 1995
Zentralafrikanische Republik, seit 2002

Asien

Indien (Assam), seit 1997
Indien (Bodos), seit 1997
Indien (Kaschmir), seit 1990
Indien (Nagas), seit 1975*
Indien (Naxaliten), seit 1997
Indien (Tripura), seit 1999

Indien / Pakistan, seit 1998*
Indonesien (Aceh), seit 1999
Indonesien (West-Papua), seit 1965*
Myanmar, seit 1948*
Nepal, seit 1999
Pakistan (Sind), seit 1986*
Pakistan (Religionskonflikt), seit 2001*
Philippinen (Mindanao), seit 1998
Philippinen (NPA), seit 1970
Salomonen, seit 1999*
Sri Lanka, seit 1983

Vorderer und Mittlerer Orient

Afghanistan, seit 1978
Algerien, seit 1992
Georgien (Abchasien), seit 1992*
Israel (Palästina), seit 2000
Libanon, seit 1990*
Russland (Tschetschenien), seit 1999
USA / al-Qaida (Anti-Terror-Krieg), seit 2001
USA, GB / Irak, seit 1998

Amerika

Kolumbien (ELN), seit 1964
Kolumbien (FARC), seit 1965

Europa

Mazedonien, seit 2001*

Erklärung

AKUF definiert Krieg als «gewaltsamen Massenkonflikt», zusätzlich müssen drei Bedingungen erfüllt sein:
– Beteiligung mindestens zweier bewaffneter Streitkräfte, davon mindestens einer regulären Streitkraft
– Mindestmass an zentral gelenkter Organisation der Kriegsführenden
– Gewisse Kontinuität der Kämpfe
Bewaffnete Konflikte (mit * markiert) sind gewaltsame Auseinandersetzungen, bei denen die Kriterien der Kriegsdefinition nicht in vollem Umfang erfüllt sind.

Hintergründe zu weltweiten Konflikten

Konfliktbarometer 2002
<http://www.hiik.de/de/barometer2002/>

Arbeitsgruppe Kriegsursachenforschung
<http://www.akuf.de>

Friedenspolitischer Ratschlag Uni Kassel
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/>

Informationsstelle Militarisierung
<http://www.imi-online.de>

Draussen in der Kälte

Nach den Bombardierungen des Landes gilt das Interesse der USA in Afghanistan der Jagd auf Überreste der al-Kaida – nicht dem Land.

Von Judith Huber*

Der grösste Teil des Landes sei nun sicher, sagte US-Kriegsminister Donald Rumsfeld bei seinem Besuch in Kabul Anfang Mai 2003. Afghanistan sei in die Phase der Stabilität und des Wiederaufbaus eingetreten. Rumsfelds Visite war ein Teil der Bemühungen der US-Regierung, den Krieg in Afghanistan als Erfolgsgeschichte zu verkaufen. Vor dem Irak-Krieg diente das Beispiel Afghanistan dazu, Unterstützung für die geplante Intervention zu mobilisieren. Nun soll die Propaganda die Glaubwürdigkeit der USA im Nachkriegs-Irak festigen. Doch die Realität in Afghanistan straft die optimistischen Worte aus dem Pentagon Lügen.

Der Feldzug der USA hat die gesteckten Ziele in Afghanistan nicht erreicht. Die Taliban sind zwar aus Kabul vertrieben. Doch übriggebliebene Taliban- und al-Kaida-Gruppierungen, ihnen nahestehende neue Gruppen und Anhänger des lange von den USA unterstützten Fundamentalisten Gulbuddin Hekmatjar haben ihre Attacken auf die fremden Truppen, auf Angehörige der afghanischen Regierung und alle, die mit dieser zusammenarbeiten, sowie auf HilfswerksmitarbeiterInnen verstärkt. Praktisch täglich kommt es zu Anschlägen und Überfällen. Mullahs und ehemalige Mudschaheddin-Führer rufen zu einem neuen Krieg gegen die Ungläubigen auf. Ende März wurde Ricardo Munguia, ein IKRK-Mitarbeiter, auf der Strasse nach der südafghanischen Stadt Kandahar regelrecht hingerichtet. In gewissen Gebieten haben Hilfswerke ihre Arbeit inzwischen vorläufig suspendiert. In der grenznahen pakistanischen Stadt Quetta versammeln sich exilierte Taliban längst wieder in der Öffentlichkeit. Dort, im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet, werden junge Kämpfer für den Kampf gegen Amerika und die mit den USA verbündete Regierung von Hamid Karsai rekrutiert.

Vom Regierungswechsel und dem vielbe-

schworenen Friedensprozess profitieren eigentlich nur die EinwohnerInnen Kabuls. Die Provinzen befinden sich in den Händen lokaler Warlords, die eigene Privatarmeen und Gefängnisse unterhalten, sich gegenseitig bekämpfen und in das blühende Drogengeschäft verwickelt sind. Menschenrechtsverletzungen, Einschüchterungen und Morde sind an der Tagesordnung. Die Zentralregierung ist viel zu schwach, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Dazu kommt, dass die Warlords von den USA nicht nur geduldet, sondern sogar unterstützt werden: Die US-Truppen stützen sich bei ihrer Jagd auf Überreste von al-Kaida auf diese lokalen Kriegsherren. Die wiederholten Rufe der afghanischen Regierung und der Vereinten Nationen nach einer Ausweitung des Mandats der Internationalen Schutztruppe ISAF, damit diese nicht nur in Kabul für Sicherheit sorgt, verhallen ungehört. Die von den USA angeführte militärische Koalition, die nach wie vor mit rund 10 000 Soldaten in Afghanistan präsent ist, konzentriert sich auf die Jagd nach al-Kaida. Und nun werden die militärischen Ressourcen, die so dringend für die Sicherheit benötigt würden, in eine neues Projekt gesteckt. In Provinzstädten widmen sich Militärs zusammen mit Zivilisten um Aufgaben des Wiederaufbaus – um die «Herzen der Afghanen zu gewinnen». Sie besetzen Strassen aus, bauen Schulen, Brunnen und Spitäler. Das hat die Kritik der zahlreichen in Afghanistan tätigen Hilfswerke auf den Plan gerufen, die erstens diese Aufgaben viel besser erledigen können und zweitens befürchten, dass diese Vermischung militärischer und ziviler Aufgaben das Leben ihrer MitarbeiterInnen und auch der Zivilbevölkerung noch mehr gefährdet.

Das Interesse der USA und der vielbeschworenen «internationalen Gemeinschaft» an Afghanistan schwindet von Tag zu Tag. Erinnerungen an das verhängnisvolle internationale Desinteresse nach dem Abzug der Sowjets werden wach. Die pakistanische Zeitung «Dawn» titelte denn auch passend in diesen Tagen: «Afghanistan – draussen in der Kälte».

*Judith Huber ist Auslandsredaktorin bei der WoZ und verbrachte im Herbst 2002 zwei Monate in Afghanistan.

«Es gibt noch viel zu tun...»

An den Friedenskundgebungen und anderen Aktionen gegen den Krieg im Irak haben sich auffallend viele junge Menschen beteiligt – auch in der Schweiz. Was sind ihre Beweggründe, ihre Hoffnungen für die Zukunft? Stefan Luzi* sprach mit fünf SchülerInnen und LehrerInnen, die sich alle aktiv an der Organisation und Durchführung von Antikriegsaktionen beteiligt haben.

Ihr alle seid SchülerInnen oder Lehrlinge, die sich in den vergangenen Monaten aktiv gegen den Krieg im Irak eingesetzt haben. Was habt ihr genau gemacht?

Sebastian: Ich bin seit Dezember des letzten Jahres Mitglied der GSoA und wurde so auf die Thematik aufmerksam. Etwa zwei Wochen vor Kriegsbeginn habe ich mit einem anderen Schüler meiner Schule Kontakt aufgenommen, um in Winterthur eine Demo zu organisieren. Zu diesem Zeitpunkt war nicht absehbar, wann der Krieg ausbrechen würde, wir wollten die Demo aber auf alle Fälle machen. Sie wurde auf den Dienstag nach dem Ultimatum von Bush an Saddam Hussein angesetzt und entwickelte rasch eine grosse Eigendynamik. Die SchülerInnen aller drei Kantonsschulen in Winterthur beteiligten sich – es war eine der ersten SchülerInnen-Kundgebungen gegen den Krieg in der Schweiz. Bis zum Donnerstag, dem Tag nach Kriegsbeginn, hatten wir Kontakt mit den Gewerkschaften aufgenommen, so dass wieder eine grosse Kundgebung gegen den Angriff stattfand – mit etwa 2000 Beteiligten.

Martin: Ich habe über Flyer von der ersten SchülerInnen-Demo in Zug erfahren und auch davon, dass es in Zukunft Treffen des Bündnisses gegen den Krieg geben sollte. Seither engagiere ich mich in diesem Bündnis. Wir organisierten in Zug einmal pro Woche eine Veranstaltung mit verschiedenen Beiträgen oder Informationen. Einmal trat auch Franz Hohler auf.

Larissa: Die SchülerInnen-Kundgebung in Zug fand am Tag nach Kriegsbeginn statt. Ich habe sie mit organisiert. An den Mittelschulen im Kanton Zug nahmen wir dafür untereinan-

wollten. Wir fragten die LehrerInnen, ob wir an diesem Tag an der Schule etwas zum Thema Krieg veranstalten könnten. Die Lehrer erlaubten uns, Transparente zu malen und im Pausenhof aufzuhängen. Ein paar Schüler kamen am Morgen gar nicht erst in die Schule, sondern gingen gleich an eine andere Schule weiter, um deren SchülerInnen zu mobilisieren.

Allan: Von einer Demo war eigentlich am Anfang gar nie die Rede, sondern immer von einem SchülerInnen-Streik. Die Demo entstand spontan und ziemlich chaotisch. Mir war es von Anfang an wichtig, dass die SchülerInnen nicht einfach schulfrei machen, sondern sich wirklich mit dem Thema Krieg auseinandersetzen sollten. Ich schlug meinem Lehrer vor, einen Film zum Thema zu zeigen. Die Demo erhielt eine starke Eigendynamik. Es war schon cool mit 1500 anderen SchülerInnen die Zürcher Bahnhofstrasse hinunterzulaufen.

Wie reagierten die LehrerInnen und die Schulleitung auf eure Aktionen? Ich habe von SchülerInnen gehört, die einen Verweis bekommen haben...

Larissa: Die LehrerInnen kamen uns entgegen. Wir beantragten, schulfrei zu bekommen – was dann auch geklappt hat. Einige LehrerInnen nahmen auch an den Demos teil.

Anna: Als wir während der spontanen Demo zu einer anderen Schule kamen, um deren SchülerInnen mitzunehmen, versuchten die LehrerInnen, uns wieder aus dem Schulhaus rauszuwerfen. Die haben wirklich dumm getan, was zur Folge

«Die weltweiten Proteste führten dazu, dass sich viele Regierungen gegen den Krieg aussprachen»

hatte, dass nicht alle SchülerInnen dieser Kanti an die Demo mitkamen.

Martin: Die Berufsschulen waren nicht stark an den spontanen Demos beteiligt, weil da das Fehlen eine unentschuldigte Absenz nach sich zieht und die Schulzeit als Arbeitszeit gilt.

Sebastian: Die LehrerInnen der Kantonsschulen waren mehrheitlich positiv eingestellt. Das war anders als an den Berufsschulen, wo zum Teil gar die Türen verriegelt wurden.

Wie beurteilt ihr jetzt nach dem Ende des «heissen» Krieges eure Aktivitäten? Was haben sie bewirkt?

Martin: Es war wichtig, dass viele Menschen gezeigt haben, dass es so nicht geht auf dieser Welt. Diese SchülerInnen nahmen für ihren Protest gegen den Krieg auch einen Verweis in Kauf.



von links nach rechts: Sebastian, Anna, Allan (Foto: Stefan Luzi)

der Kontakt auf. Auch den Zeitungen teilten wir mit, dass wir am Tag nach Kriegsbeginn auf die Strasse gehen wollten. Ich wurde angefragt, ob ich im regionalen Bündnis gegen den Krieg mitmachen wolle – was ich seither tue.

Anna: Ich engagierte mich bei der ersten spontanen SchülerInnen-Demo in Zürich. Die Demo fand statt, weil an diesem Tag in den USA der Aktionstag «Books not bombs» durchgeführt wurde, mit dem wir uns solidarisieren

Klar liess sich die Regierung Bush nicht von uns aufhalten. Aber die weltweiten Proteste führten dazu, dass sich viele Regierungen gegen den Krieg und für die Einhaltung der völkerrechtlichen Grundlagen aussprachen – zum Beispiel Deutschland. Das wäre ohne die Proteste kaum in diesem Masse geschehen. Auch in der Schweiz war es wichtig, Forderungen an die Regierung zu richten – zum Beispiel in der Frage des Waffenexportes.

BERLUSCONI STOP

...en per 1.7.03
fahrenen

...ormatier

...er Team. Sie besitzen
...sbildung in der ITV-Informatik
...hrjährige Berufserfahrung.

...itere Auskünfte konsultieren
...te unsere Webseite
...itv-systems.com

ITV-Systems

For Sale – zu verkaufen
Zu verkaufen infolge Staatsauflösung kaum gebrauchte Institutionen (Bildung, Justiz, Parlament, u.a.). Für Bargeld ebenfalls abzugeben: Gesetze, Fussballspiele, Nonna.
Interessenten melden sich unter silvio@italiaforsale.com

Zu vermieten
an aussichts
Lage am Lag
Leuca
Moderne 5
Zimmer-Wo
Mietzins: 35

Für weitere Ausk
Ihnen Herr Hoff
0147 456 25 45 z

BANANEN FÜR SILVIO
1. Juni 2003
Genf, Annemasse

Zudem motivierte es auch einen grossen Teil der Jugendlichen, die vorher politisch nicht interessiert waren, sich Gedanken über diese Welt zu machen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden wir erst in ein paar Jahren spüren.

Sebastian: An unseren Demos nahmen viele sehr junge SchülerInnen teil, sogar 13-jährige. Klar gab es einige, die einfach mitgelaufen sind, weil schulfrei war. Aber viele begannen, sich durch die Ereignisse für politische Fragen zu interessieren. Doch wissen wir nicht, wie viele von unseren KollegInnen auch jetzt noch auf die Strasse mitkommen würden – zum Beispiel, um gegen den momentanen Ausverkauf des Iraks zu protestieren.

Allan: Wenn das Ziel der Stopp des Krieges war, dann haben wir unser Ziel nicht erreicht – aber wir mussten auch gegen eine Allianz von über 40 Staaten und die Militärmacht USA antreten, die entschlossen war, diesen Krieg zu führen. Mindestens ist es gelungen zu zeigen, dass dieser Krieg nicht in unserem Namen geführt werden kann und dass wir für unser Verhalten auch eine Strafe an der Schule in Kauf nehmen. Die Demos waren zwar gross, aber sie hätten noch grösser sein können. Das muss unser Ziel sein, wenn es – was wir nicht hoffen – zu einem weiteren Krieg und damit zu Protesten kommt.

Larissa: Für den Anfang war es viel. Wir haben kleine, aber wichtige Ziele erreicht. Wir haben die Menschen in der Schweiz für das Thema Krieg und Konfliktlösung sensibilisiert. Wir haben dazu beigetragen, dass in der Schweiz über Fragen wie das Überflugsrecht diskutiert wurde. Dazu erreichten wir als ein Teil der globalen Bewegung gegen den Krieg, dass ein deutliches Signal der Ablehnung von überall auf der Welt an die Regierung Bush ging.

Martin: Vielen jungen Leuten wurden erst durch unsere Aktionen die Zusammenhänge zwischen Krieg und ungerechter wirtschaftlicher Globalisierung klar. Viele Menschen überlegen jetzt in diese Richtung. Hier liegt einiges Potenzial für eine breitere Diskussion über Frieden und globale Gerechtigkeit.

Anna: Ich kenne viele Leute, die vor dem Krieg von Politik nichts wissen wollten. Ein Teil

von ihnen begann nach unseren Demos, über Fragen von Krieg und Frieden nachzudenken. Die kommen jetzt in die Schule und erzählen von den politischen Büchern, die sie gerade gelesen haben. Ich finde dies sehr wichtig, denn es gibt Leute in meinem Alter, die von vielem, was sie betrifft, fast keine Ahnung haben.

In den Medien geisterte ja das Wort der «Generation Golfkrieg» herum. Gibt es so etwas wie diese Generation und könnt ihr euch mit dieser Bezeichnung identifizieren?

Martin: Typisches Mediens Schlagwort! Die Medien benützten es, weil sie damit einen fetten Titel kreieren konnten. Weil es aber eine typische Verallgemeinerung der Presse ist, geht es an der Wirklichkeit vorbei. Auch der Vergleich mit der 68er-Generation ist nicht angebracht. Damals gingen die Leute auf die Strasse, weil sie die Form der Gesellschaft in der Schweiz ändern wollten. Diesmal gingen wir auf die Strasse, weil wir uns gegen die Gewalt als Mittel, mit dem auf dieser Welt die Konflikte ausgetragen werden, wehrten.

Larissa: Ich möchte nicht Teil einer Generation «Krieg» sein. Wir waren und sind die «Friedensbewegung». «Generation Golfkrieg» wären eigentlich eher die Soldaten, die im Irak gekämpft haben – oder die Hardliner der Regierung Bush...

Martin: ...oder die Menschen, die nach diesem Krieg einen physischen oder psychischen Schaden davontragen. Da gibt es ja – nach den beiden Kriegen der USA gegen Irak – mittlerweile schon zwei «Generationen Golfkrieg».

Sebastian: Ich glaube auch nicht an das Schlagwort der «Generation Golfkrieg». Schon ein halbes Jahr vor dem Krieg veranstalteten die Medien einen eigentlichen Countdown hin zum Kriegsbeginn. Krieg wurde wie eine Naturkatastrophe beschrieben – als etwas Unaufhaltbares. Und da passten die SchülerInnen-Demos und die «Generation Golfkrieg» gut in das von den Medien inszenierte Spektakel des «David gegen Goliath» oder «USA versus Friedensbewegung».

Allan: Die Medien profitieren halt von jedem Krieg. Heute gibt es auf einigen wenigen Fernsehsendern noch Bilder aus dem Irak – auf allen anderen läuft bereits wieder die alltägliche Serie.

«Viele SchülerInnen begannen, sich durch die Ereignisse für politische Fragen zu interessieren»

BLAIR STOP

I believe in war.

AND WE BELIEVE IN JUSTICE
1. Juni 2003
Genf, Annemasse

Anna: Bei unseren Demos gingen ganz unterschiedliche Leute auf die Strasse, die nicht alle – wie in der 68er Bewegung – den Anspruch hatten, die Gesellschaft zu verändern. Vielen reichte es schon, klar und deutlich für «Frieden» einzutreten. Ich habe an den Demos Technos, Hiphopper, Punks und alles mögliche andere gesehen. Wir gingen auf die Strasse, um diejenigen Menschen, die für den Krieg eintraten, davon zu überzeugen, dass Krieg niemals eine Lösung sein könne. Es ging dabei nicht um eine fundamentale Änderung der Gesellschaft hier in der Schweiz.

Martin: Die 68er wollten Frieden durch eine Änderung der Gesellschaft erreichen. Die Bewegung von heute will Frieden erreichen – vielleicht, um damit auch eine langfristige Änderung der Gesellschaft zu erzielen.

In den letzten Jahren waren wir Zeugen oder Teil einer Bewegung, die nicht nur gegen den Krieg, sondern auch für eine Änderung der globalen Machtverhältnisse eintritt. Wie wichtig waren die früheren Aktionen der so genannten «Antiglobalisierungsbewegung» für eurer Engagement gegen den Krieg?

Martin: Die «Antiglobalisierung» spielte eine wichtige Rolle. Der Protest gegen den Krieg war der kleinste gemeinsame Nenner in einem sehr breiten politischen Spektrum von Gruppierungen und Menschen – Frieden spielt halt in vielen Weltanschauungen eine bedeutende Rolle. Die Erfahrungen von SchülerInnen, die sich bereits in der «Antiglobalisierungsbewegung» engagiert hatten, war jedoch wichtig, um in dieser kurzen Zeit so viele Menschen auf die Strasse zu bringen. Die Bewegung musste nicht bei Null anfangen.

Ich gehe davon aus, dass die Friedensbewegung, die in den letzten Monaten entstanden ist, ihrerseits Einfluss auf die «Antiglobalisierungsbewegung» haben wird – sei es, was Themen oder Aktionsformen angeht, oder sei es, dass neue Leute bereit sind, sich zu engagieren oder wenigstens diese Bewegung zu unterstützen.

Sebastian: Die Friedensbewegung ist breiter als die «Antiglobalisierungsbewegung». Ich bin gespannt, ob sich diese Breite auch fortsetzen lässt – zum Beispiel an der Demo gegen den G8-Gipfel in Evian. Es werden viele Leute kommen, die an dieser Demo gar nicht unbe-

dingt gegen die G8 und deren Handelspolitik demonstrieren wollen – sondern gegen die Kriegstreiber Bush und Blair.

Larissa: Viele Menschen werden in Genf gegen Bush und Blair demonstrieren, gegen das, was die beiden Politiker bisher angerichtet haben und gegen das, was sie im Moment aus dem Irak machen.

Anna: Wer heute für den Frieden eintritt, der sieht auch ein, dass Frieden immer eine Utopie bleiben wird, solange die wirtschaftliche Globalisierung die weltweiten Ungerechtigkeiten verstärkt. Damit es Frieden geben kann, müssen alle Menschen auf dieser Welt ein menschenwürdiges Leben führen können. Kriege sind Ausdruck von Konflikten, die oft durch globale Ungerechtigkeiten verursacht werden. Insofern besteht natürlich eine enge inhaltliche Verknüpfung der Friedensbewegung mit der Bewegung gegen eine ungerechte Globalisierung.

Martin: Konflikte entstehen durch Ungerechtigkeiten. Es darf nicht sein, dass viele Länder der dritten Welt zwar wichtige Ressourcen besitzen, das Geld aber bei uns ist. Klar hätte ich auch Mühe mit dem Gedanken, von heute auf morgen meinen Lebensstandard zu senken – und dies würde eine Umverteilung des Reichtums bedingen. Aber wenn ich sicher wäre, dass es dafür auf dieser Welt mehr Frieden gäbe, wäre ich dazu selbstverständlich bereit.

Allan: Wer heute gegen die Globalisierung ausspricht, ist gegen das Globalisierungs-Deckmäntelchen, das die Mächtigen dieser Welt benutzen, um ihre Interessen durchzusetzen. Jeder Gegner der Globalisierung ist auch ihr Befürworter, denn er nutzt die weltweiten Kontakte und das Internet, um sich mit den Bewegungen in anderen Ländern zu solidarisieren. Das ist auch bei der heutigen Friedensbewegung nicht anders.

Die technischen Fortschritte der Globalisierung stärken den Widerstand gegen den Krieg. Allein in der Schweiz war die Beteiligung an den Kundgebungen riesig. Ich frage mich immer noch, wie das eigentlich möglich war...

Martin: In Zug waren wir erfolgreich, weil wir versuchten, eine inhaltliche Debatte zu führen und nicht einfach eine Demo nach der anderen zu organisieren...

Larissa: ...wir organisierten Veranstaltungen, zum Beispiel mit Ali Al Shalah, einem irakischen Dichter. An dieser Veranstaltung, an der auch Franz Hohler auftrat, wurden arabische Gedichte vorgetragen. Damit gelang es uns, nicht nur junge, sondern auch ältere Menschen anzusprechen – für zugerische Verhältnisse eine grosse Veranstaltung. Ein andermal organisierten wir ein Konzert, das sich eher an junge Leute richtete. Beides hat jungen wie älteren Menschen gefallen.

Wir warben mit Flyern und Emails und meldeten die Veranstaltungen den Zeitungen. Im Kanton Zug muss man nur in der Stadt Zug mobilisieren, da sehr viele ZugerInnen täglich in die Stadt kommen und von den Aktionen erfahren.

Anna: In Zürich kamen viele Menschen, weil an unseren Demos auch inhaltliche Beiträge und Musik ihren Platz hatten. Besonders die Auftritte des Rappers Greis entpuppten sich als Publikumsmagnet...

Zudem warben wir für die Demos mit Flyern und Plakaten. Mundpropaganda war bestimmt das wichtigste Mittel der Mobilisierung.

Allan: Ich habe sogar SMS bekommen, die man gleich weiterschicken konnte... Das gab einen Schneeball-Effekt. Wichtig war das Internet. Es gab einige sehr gute Seiten, auf denen man sich über die Aktionen laufend updaten konnte.

Sebastian: Als das Interesse an Demos abnahm, planten wir weitere Aktionen, an denen sich die Menschen beteiligen konnten. So führten wir zum Beispiel in Winterthur zwei Mal Aktionen mit Leichentüchern durch. Mit diesen Tüchern legten wir uns am Samstagnachmittag auf die belebten Strassen, um die Menschen darauf aufmerksam zu machen, was im Irak geschah. Eine dieser Aktionen führten wir nach dem Krieg durch, als es in den irakischen Städten zu Kundgebungen gegen die US-Besetzung kam – bei denen mehrere Leute starben. Wir erhielten sehr wohlwollende Reaktionen von den PassantInnen für diese Aktionen.

müssen daher weiter beobachtet und unter Druck gesetzt werden.

Allan: Der Kampf muss weitergehen, und Aktionen wie diejenige mit den Leichensäcken müssen weiterverfolgt werden. Was es meiner Meinung nach im Kampf gegen Krieg aber nicht braucht, ist Gewalt...

Larissa: Da bin ich voll einverstanden. Wenn die Friedensbewegung weiter bestehen will, dann darf sie diesen Fehler nicht machen, denn das wäre die Logik des Krieges: Auch der Krieg erzwingt den

Frieden mit Gewalt. Frieden, der auf Gewalt basiert, ist kein lang andauernder Frieden.

Sebastian: Die Friedensbewegung steht in den nächsten Wochen vor Herausforderungen – gerade auch, weil Frieden der kleinste gemeinsame Nenner ist. Die Gefahr besteht, dass sich die Bewegung wieder in kleine Gruppierungen aufspaltet, die verschiedene Ziele verfolgen. Es wird die einen geben, die auf eine totale Veränderung der Gesellschaft hinarbeiten wollen, und andere, die kleine Schritte hin zum Frieden unternehmen wollen. Es braucht daher eine Vernetzung in der Schweiz, unter den Regionen, um weiterhin auf gemeinsame Ziele hinzuarbeiten.

Allan: Fangen wir bei «A» an, wenn wir die Schweiz verändern wollen, bei der Armee: Das Geld, das für die Armee ausgegeben wird, könnte helfen, die weltweiten Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Und erst die Waffenindustrie und die Waffenexporte, die während des Krieges weitergingen... Hier gibt es noch viel zu tun.

Anna: Wir müssen weiterhin auf die Zustände im Irak aufmerksam machen. Die Situation der Zivilbevölkerung dort ist prekär – wie auch in vielen anderen Ländern der Welt, denken wir nur an Tschetschenien... Man könnte noch viele Länder aufzählen.

Mich macht die Tatsache nachdenklich, dass viele Leute den zweiten Golfkrieg von 1991 so schnell vergessen haben. Das darf bei diesem Krieg nicht passieren.

Allan: Genau. Darum auf nach Evian, um auch Bush und Co. bei der Erinnerung nachzuhelfen...

* Stefan Luzi ist Sekretär der GSoA.

«Frieden wird immer eine Utopie bleiben, solange die wirtschaftliche Globalisierung die weltweiten Ungerechtigkeiten verstärkt»

«Wir haben kleine, aber wichtige Ziele erreicht»



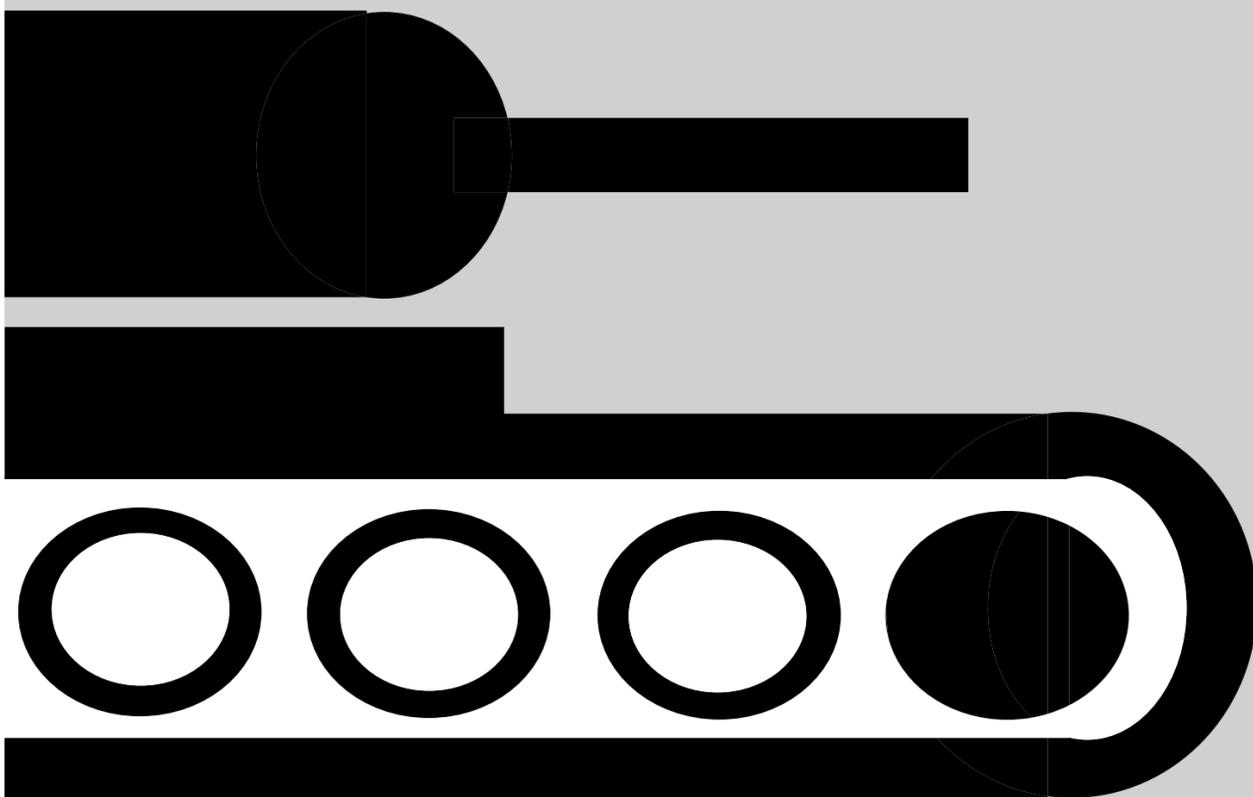
von links nach rechts: Larissa, Martin (Foto: Stefan Luzi)

Es ist viel passiert – doch wie geht es weiter? Und was kann die Schweizer Friedensbewegung, mit ihrem Fokus auf die Schweiz, in Zukunft für eine friedlichere Welt tun?

Martin: In der Schweiz gibt es viele Firmen, die – direkt oder indirekt – von Kriegen und Konflikten profitieren. Und das sind nicht nur Banken, die Gelder von Diktatoren horten. Wir haben daher eine Mitverantwortung für die Konflikte auf dieser Welt. Gerade in Zug: Zug ist einer der grössten Handelsplätze für Rohöl. Und das Öl spielte bei diesem Krieg im Irak eine wichtige Rolle. Diese Firmen

- Anna Hug ist 16 Jahre alt und Schülerin an der Hofacker-Sekundarschule in Zürich.
- Allan Hertmanowski ist 17 Jahre alt und Schüler an der Hofacker-Sekundarschule in Zürich.
- Larissa Müller ist 18 Jahre alt und Schülerin an der Diplommittelschule Zug.
- Martin Bernet ist 20 Jahre alt und Konstrukteur-Lehrling in Zug.
- Sebastian Schüpbach ist 18 Jahre alt und Schüler an der Kantonsschule Rychenberg in Winterthur.

BUSH STOP



US OUT OF MIDDLE EAST
1. Juni 2003
Genf, Annemasse

**Termine von Aktionen, weitere Artikel, Informationen und Links
finden Sie auf unserer Homepage www.keinkrieg.ch**